Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

Nr. 06

Inhalt:

Fahrradtour	S. 1
Ausländerfeindlichkeit	S. 1
Das Jahr 1990	S. 1
Bodenbelastung auf der Alten Werft	S. 2
Neubildung der Stadt Aschendorf	S. 2
Besuch von Uwe Bartels	S. 3
Zur Pflegeversicherung	S. 3
Betriebsratswahlen in Papenburg	S. 4
Unterstützung von BIP und Recyclinghof	S. 4

September 1989

Fahrradtour

Am 30.9.1989 veranstaltete die SPD für alle Mitglieder und Freunde der SPD in Papenburg mit ihren Familienangehörigen eine Fahrradtour. Abfahrt war um 14:00 Uhr vom Parteibüro, Hauptkanal links 39. Von dort ging es über Tunxdorf nach Aschendorf mit Station beim Heimathaus, um es zu besichtigen. Anschließend fuhr man nach Herbrum zur Gaststätte "Zum Emsblick" mit einem gemütlichen Abschluss bei Kaffee und Kuchen.

Oktober 1989

Ausländerfeindlichkeit

Bundesweit herrschte das Problem der Ausländerfeindlichkeit und es war bei Wahlen der Trend zu beobachtenden, Rechtsradikale zu wählen.

Der SPD-Vorstand warnte vor einer zunehmenden Aussiedlerfeindlichkeit. Der Zustrom von Deutschen aus Osteuropa und der DDR rief in der Bundesrepublik eine Reihe von sozialen Problemen hervor. Er dürfte nicht zu einem "billigen" Wahlkampfthema benutzt werden. Wichtig wäre, die Ängste und Vorbehalte gegen Aussiedler, Obersiedler und auch Asylanten in der Bevölkerung ernst zu nehmen und darauf zu reagieren. Sozial Schwache fühlten sich gegenüber den Aussiedlern oftmals benachteiligt, obwohl es dafür keine Gründe gebe. Nötig wäre eine sachliche Erörterung der sozialen Probleme in der Bundesrepublik und eine Politik, die sozialen Ungerechtigkeiten und die immer größer werdende Kluft zwischen den Einkommensschichten beseitigte. Der SPD-Vorstand forderte auch die eigenen Mitglieder auf, sich in Diskussionen klar von den Republikanern und deren Gedankengut zu distanzieren und für die Probleme der sozial Schwachen sowie Aussiedler, Ausländer und Asylanten einzusetzen. Der SPD-Ortsverein wollte sich bemühen, durch die Förderung von Nachbarschaftsbegegnungen und anderen Veranstaltungen die Papenburger Bevölkerung und die Neubürger (seien es nun Übersiedler oder Ausländer) zusammenzubringen, um dadurch Vorurteile abzubauen und Verständnis füreinander zu wecken.

In diesem Zusammenhang wurde auf die zunehmende Wohnungsnot in Papenburg hingewiesen. Es fehlten vor allem kleinere, preisgünstige Mietwohnungen. Besonders alleinstehende Mütter mit Kindern hätten kaum noch eine Möglichkeit, eine Wohnung zu finden. Barbara Gruner, Frauenbeauftragte des SPD-Ortsvereins, schilderte einen Fall einer alleinstehenden Mutter mit 2 Kindern, die bei der Wohnungssuche in Papenburg auf 70 Mitbewerber für eine einzige Wohnung traf und wegen ihrer Kinder keine Wohnung fand. Weil auch in Papenburg die Haushalte kleiner würden, müsste überlegt werden, wie bei der Ausweisung von Neubaugebieten Flächen für den Mietwohnungsbau berücksichtigt werden könnten. Der SPD-Vorstand in Papenburg forderte, für den Haushalt 1990 der Stadt Papenburg ein Förderprogramm für den Mietwohnungsbau vorzusehen.

1990

Papenburg bewirbt sich um Mercedes-Teststrecke.
Die Post bezieht Neubau.
500 Bürger protestieren gegen die Hochtemperaturverbrennungsanlage (HTVA) in Dörpen.
Deutsche Wiedervereinigung am 3.10.1990.
Der niedersächsische Landtag wird neu gewählt.
Deutschland wird Fußballweltmeister.
Die Gesamtdeutsche SPD wurde gebildet.

FEBRUAR 1990

Bodenbelastung auf der der Alten Werft

Anton Schipmann berichtete auf der Sitzung des Ortsausschusses am 5.2.1990 über seine Schwierigkeiten, von der Stadtverwaltung zu erfahren, wie belastet der Boden auf der Alten Werft wäre und welcher Bodenaushub von dort auf welche Deponie abgefahren wurde. Nach seinen Beobachtungen befand sich z.B. ölhaltiges Wasser in einer Baugrube, das zunächst in die Kanalisation gepumpt wurde. Man könnte davon ausgehen, dass auf dem Gelände belasteter Boden vorhanden war, weil jahrzehntelanger Werftbau nun einmal zur Verunreinigung des Bodens führe. Deshalb hatte die Stadt ja auch Probeuntersuchungen vorgenommen. Unverständlich war jedoch, weshalb diese Untersuchungen nicht detailliert öffentlich gemacht wurden. Noch unverständlicher war, dass der Umweltausschuss sie nicht ausgehändigt bekam. Wie sollte der Umweltausschuss seiner Arbeit nachgehen, wenn ihm die Grundlagen für seine Kontrollfunktion verwehrt würden?

Im Verlauf der Diskussion im Ortsausschuss ergaben sich eine Reihe von Fragen, die der SPD-Ortsausschuss gerne geklärt haben wollte:

- Wie wurde gemessen bzw. wo liegen die Messpunkte?
- Welche Werte wurden in dem Gutachten herausgefunden?
- Wurde der Bodenaushub auch auf andere als die Deponie in Werpeloh gebracht?
- War die Deponie in Werpeloh für belasteten Boden vorgesehen?
- Konnte durch Entsorgung des belasteten Erdreichs dort das Trinkwasser gefährdet werden?
- Welche Deponien im Emsland könnten welchen Boden mit welcher Belastung aufnehmen?“

Zum Schluss stellten die Mitglieder des Ortsausschusses übereinstimmend fest, dass bei der Entsorgung von Altlasten - dies galt auch für das ehemalige Gelände der Firma Karl Schmidt - die Bürger von der Stadtverwaltung umfassend und detailliert informiert werden müssten, um zu verhindern, dass der Verdacht entstünde, es sollte etwas verschleiert werden.

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Neubildung der Stadt Aschendorf

Der SPD-Ortsverein lehnte den Gesetzentwurf der Landesregierung ab und sprach sich entschieden gegen eine Ausgliederung der ehemaligen Stadt Aschendorf aus der Stadt Papenburg aus. Das Gesetz zur Gemeindereform von 1972 verfolgte mit der Neugliederung Papenburgs das Ziel, ein Mittelzentrum zu schaffen. Dieses Reformziel wurde in vollem Umfang erreicht. Die Stadt Papenburg entwickelte sich leitbildgerecht als Mittelzentrum. Nach den Ausführungen des Gutachtens des Niedersächsischen Staatsgerichthofes genoss die Stadt Papenburg "gesteigerten Bestandsschutz". Dem Gesetzgeber waren in diesem Fall für eine Reform der Reform "enge Grenzen" gesetzt. Ihm oblag eine "erhöhte Begründungspflicht" mit "besonders gewichtigen Gründen des öffentlichen Wohls", wollte er nicht gegen das Willkürverbot verstoßen. Dazu im Widerspruch stand der von der CDU-Landtagsfraktion mitgetragene Gesetzentwurf, der allein aus koalitionspolitischen Machterwägungen heraus auf den Weg gebracht wurde. Die Begründung zum Gesetzentwurf in Bezug auf Papenburg enthielt eine Reihe von falschen, ungenauen oder falsch interpretierten Tatbeständen. Willensträger der "Reform" waren nur die Bürger im Kernbereich Aschendorfs. Deutliche Willenskundgebungen der Bürger aus Aschendorfermoor und nördlich des Emsseitenkanals, dass man sich bei Papenburg wohl fühlte und unbedingt auch bei Papenburg bleiben wollte, ließen es zweifelhaft erscheinen, ob es eine deutliche Mehrheit für die Korrekturpläne gab. Nur eine direkte Befragung könnte hier Klarheit schaffen. Dass dabei auch der Wille aller übrigen Bürger der Stadt Papenburg befragt werden müsste, ergab sich aus dem Gutachten des Staatsgerichthofes. Die Ausgliederung Aschendorfs in den alten Gemeindegrenzen, wie es der Gesetzentwurf vorsah, zeugte von der Missachtung des erklärten Willens der Bürger in den Radbereichen Aschendorfs. Es war falsch, wenn die sogenannte FDP (früher AIG) immer wieder behauptete, Aschendorf wäre in der Vergangenheit bezüglich der Investitionen vernachlässigt worden. Die Entwicklung Aschendorfs wurde gerade durch diese Gruppierung behindert, indem sie verschiedene vom Rat beschlossene Verkehrskonzepte zu Fall gebracht hatte, die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung Aschendorfs waren. Tatsache war, dass dadurch Investitionen im großen Umfang für Straßenbau und Ortskernsanierung nicht gemacht wurden und der Ort für potentielle Privatinvestoren unattraktiv wurde. Wo Investitionen vorgenommen werden konnten, wurden sie auch ausgeführt, z.B. im Industriegebiet, beim Klärwerk, den Sportanlagen, den Schulen, dem Marktplatz, Kindergarten usw. Sollte die Ausgliederung dennoch erfolgen, gäbe es gravierende Nachteile für die ganze Region: Wie sollte der Verlust von über 1 Mio. DM Schlüsselzuweisungen ausgeglichen werden? Sicherlich hatten fanatischer Lokalpatriotismus auf der einen und unnötige Starrköpfigkeit auf der anderen Seite seit 1981 vieles verhindert und vor allem eine manchmal unerträgliche Atmosphäre geschaffen, aber es sprach nichts dagegen, dass Aschendorf gemeinsam mit und

als Teil von Papenburg eine gedeihliche Entwicklung nehmen könnte..

Die SPD in Papenburg stellte fest: „Der Gesetzentwurf ist mit heißer Nadel gestrickt. Er berücksichtigt weder die tatsächlichen örtlichen Verhältnisse noch die Zukunftsperspektiven unseres Raumes und seiner Bewohner. Er wird damit der erhöhten Begründungspflicht nicht gerecht, verstößt deshalb gegen das Willkürverbot und würde, dem Staatsgerichtshof vorgelegt, als verfassungswidrig zurückgewiesen.“

SPD: Gesetz darf den Landtag nicht passieren

Fraktionsvorsitzender informierte über Anhörung in Hannover

Papenburg. – Auf der letzten Vorstandssitzung der Papenburger SPD berichtete der Fraktionsvorsitzende R. Seemann dem Vorstand aus der Anhörung der Gemeinden vom 16. 2. in Hannover zur Reform der Gemeindereform. Er zeigte sich überzeugt davon, daß das Gesetz, so wie es bisher geplant sei, den niedersächsischen Landtag nicht passieren könne und dürfe.

Sei er auch zunächst unter dem Eindruck nach Hannover gefahren, daß eine viertelstündige Anhörung der Gemeinden bei dem häufig genug ausgesprochenen politischen Willen von CDU und FDP, dieses Gesetz in jedem Fall durchzupeitschen, nur eine Farce sein könne, so habe sich dieser Eindruck doch geändert, als erkennbar wurde, mit welcher Ernsthaftigkeit die rechtlichen Bedenken gegen dieses Gesetz aufgenommen wurden. Er habe den Eindruck, so R. Seemann, daß bei der Vielzahl der rechtlichen und pragmatischen Ungereimtheiten auch viele CDU-Mitglieder diesem Gesetz so nicht zustimmen werden.

In der anschließenden Diskussion wurden vor allem die unmittelbaren Auswirkungen auf die Kommunen erörtert: Aufbau neuer Verwaltungen, neue Grenzfindung entsprechend dem Bürgerwillen, Entflechtungen im Versorgungs-, Sozial- und Finanzbereich und vieles andere mehr. Auch war sich der Vorstand darin einig, daß das Reformgesetz die wichtigsten Leitlinien des Bückeburger Verwaltungsgerichtsgutachtens völlig mißachte.

Der Bürgerwille der gesamten Stadt Papenburg sei beispielsweise bisher überhaupt nicht erfragt worden. Ortsvereinsvorsitzender P. Raske faßte zusammen: „Dieser Gesetzentwurf ist ein rechtliches Unding, zustande gekommen aus rein koalitionspolitischen Gründen. Er berücksichtigt die tatsächlichen örtlichen Verhältnisse nicht und wird damit der ‚erhöhten Begründungspflicht', die von Bückeburg aus gefordert wird, nicht gerecht. Deshalb muß er von uns und auch von unserer Landtagsfraktion als verfassungswidrig zurückgewiesen werden."

Raske räumte ein, daß blinder Lokalpatriotismus auf der einen und unnötige Provokation auf der anderen Seite vieles Machbare verhindert hätten und daß die Atmosphäre zwischen den Stadtteilen dadurch unnötig vergiftet worden seien, aber bei dem guten Willen aller Beteiligten könnten beide Stadtteile eine vernünftige Entwicklung nehmen. In diesem Sinne wandte sich der Ortsvorstand auch mit einer Stellungnahme an die SPD-Landtagsfraktion.

Ems-Zeitung 23.02.1990

MÄRZ 1990

Lokales

UMWELTPOLITIK stand im Mittelpunkt des Referats, das der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Bartels (Mitte), vor Mitgliedern des Papenburger Ortsvereins hielt. Zu Gast war ebenfalls MdL Inge Lemmermann (links). Eingeladen hatte Ortsvereinsvorsitzender Peter Raske (rechts).
Foto: Lüddemann

Ems-Zeitung 14.03.1990

Zur Pflegeversicherung

Der SPD-Ortsverein Papenburg begrüßte es, dass die SPD-Arbeitsgruppe "Fortschritt '90" die Einführung einer gesetzlichen Pflegeversicherung beschloss. Immer häufiger würden auch im ländlich strukturierten Raum, in dem die Familien noch viele soziale Aufgaben wahrnehmen und den Familienangehörigen in Notlagen helfen, damit konfrontiert, dass bei plötzlich eintretender Pflegebedürftigkeit der Pflegebedürftige oder die Familie vor unlösbaren Problemen stünden. Der SPD-Ortsverein Papenburg forderte, das Risiko bei Pf1egebedürftigkeit auf viele Schultern zu verteilen. Deshalb begrüßte er die Entscheidung, die Finanzierung des Pflegerisikos nicht einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer abzuwälzen sondern eine "Gesetzliche Pflegeversicherung" als eigenständigen neuen Sozialversicherungszweig einzuführen, die allen Bürgern offenstehen sollte.

Zur sozialen Sicherung Pflegebedürftiger müssten deshalb u.a. folgende Leistungen vorgesehen werden: Ein nach dem Grad der Pf1egebedürftigkeit gestaffeltes Pflegegeld bei ambulanter und stationärer Pflege, Pflegepersonen, die häusliche Pflege ausübten, sollten in den Schutz der Rentenversicherung einbezogen werden, wenn sie wegen der Pflege an der Ausübung einer Erwerbstätigkeit gehindert wären. Wer einen hilfsbedürftigen Angehörigen pflegte, darf im Alter nicht dafür bestraft werden. Bei Urlaub oder Erkrankung häuslicher Pflegepersonen sollte durch eine auf 30 Tage im Jahr befristete zusätzliche Pflegeleistung die Möglichkeit eröffnet werden, eine Ersatzpflegekraft zu beschaffen oder die Finanzierung einer befristeten Heimpflege zu erleichtern. Die gesetzliche Pflegeversicherung sollte möglichst schnell in die Tat umgesetzt werden.

Zu den Betriebsratswahlen in Papenburg

Der Ortsverein Papenburg bat mit einer Pressemitteilung alle Arbeitnehmer, sich aktiv an den Betriebsratswahlen von März bis Mai zu beteiligen. Die arbeitenden Menschen in Europa erwarteten mehr und nicht weniger politische und wirtschaftliche Mitbestimmung, das hieße vor allem gleichberechtigte Beteiligung bei allen wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen. Sie erwarteten Tarifautonomie, freie und unabhängige Gewerkschaften und die Garantie des Streikrechts. Sozialdemokraten würden ihren Beitrag leisten, dass die Betriebsratswahlen 1990 zu einem politischen Signal für die Stärkung der Arbeitnehmerrechte in Europa würden.
Die SPD rief alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Papenburg und der Region auf, die Gewerkschaften bei der Vorbereitung der Wahlen zu unterstützen, so dass in allen betriebsratsfähigen Betrieben, in denen es noch keinen Betriebsrat gab, Betriebsräte gewählt werden könnten, dafür einzutreten, dass mehr als bisher Frauen als Betriebsratskandidatinnen aufgestellt und gewählt würden, ausländische Beschäftigte bei der Kandidatenaufstellung angemessen zu berücksichtigen, alle Versuche, die Einheitsgewerkschaften und die einheitlichen betrieblichen Arbeitnehmervertretungen zu schwächen, energisch zu bekämpfen.
Als besonders wichtig sah es der Papenburger SPD-Vorstand an, durch eine hohe Wahlbeteiligung dafür zu sorgen, dass die Position der Arbeitnehmervertretung im Betrieb gestärkt und die Betriebsratswahlen zu einem Erfolg für die Einheitsgewerkschaften würden.

Mai 1990

SPD unterstützt über Parteigrenzen hinweg BIP und den Recyclinghof

Hövelmanns Haltung in der Abfallpolitik kritisiert - Analyse der Landtagswahl

Papenburg. — Der Vorstand der Papenburger SPD analysierte auf seiner jüngsten Sitzung die Landtagswahlergebnisse sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen und Erwartungen. Auch die Kehrtwende der CDU von der aktiven Müllverbrennungspolitik hin zur Verweigerungshaltung in bezug auf die Abfallentsorgung wurde diskutiert.

Der Ortsvereinsvorsitzende P. Raske erläuterte kurz die vorliegenden Zahlen, die eindeutig belegten, daß in Papenburg gegen den Landestrend die SPD verloren, die CDU aber noch leicht zugelegt hatte. Der Grund wurde auch darin gesehen, daß es der CDU gelungen sei, Angst vor dem Versiegen von Geldmitteln für unsere Region in der Bevölkerung zu vermitteln. Diese Angst sei zwar verständlich, doch solle klar sein, daß auch bei einem anderen Wahlausgang einige Finanzierungsprogramme ausgelaufen wären.

Die Papenburger SPD stehe auch weiterhin zu den gemeinsam angefangenen Projekten z. B. Alte Meyer-Werft und Mercedes-Teststrecke (unter dem Vorbehalt der Akzeptanz nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung), bestätigte Fraktionschef R. Seemann. Sie unterstütze über die Parteigrenzen hinweg die Beschäftigungsinitiativen BIP und Recyclinghof und sie fordere für diese und weitere Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit auch weiterhin die Förderung durch die neue Landesregierung ein.

Ebenfalls vordringlich forderte der Vorstand die Unterstützung des DIZ. Der Vorschlag von Rolf Wernstedt zur Errichtung eines Fonds für Gedenkstätten solle durch die Landtagsfraktion möglichst umgehend umgesetzt werden. Dieser Titel solle gut ausgestattet sein und nicht nur für Bergen-Belsen, sondern auch für das DIZ in Frage kommen. Aus diesem Fond müßten dann unverzüglich Mittel beantragt werden. Auch die SPD-Kreistagsfraktion solle bei der Kreisverwaltung darauf hinwirken, daß möglichst noch in diesem Jahr mit dem Bau des DIZ begonnen werden kann.

Der SPD-Vorstand in Papenburg unterstütze inhaltlich die sozialen Aktivitäten des Bürgermeisters Heinrich Hövelmann. Über den scheinbaren Sinneswandel beim Abfallwirtschaftskonzept sei man aber, so R. Seemann, weniger überrascht als vielmehr bestürzt. Die „Saulus-Paulus-Rolle" könne dem Bürgermeister nicht abgenommen werden. Hier scheine eher eine destruktive Trotzhaltung vorzuliegen, die nun gerade nicht die beste Voraussetzung für die Lösung der anstehenden Müllprobleme sei. Es scheine nahezu so, als ob Hövelmann auf die Gelegenheit warte, und das belege auch sein Leserbrief vom 23. 5., mit Häme sagen zu können: „Ihr könnt es ja auch nicht besser!" Vom Willen zur Problemlösung sei jedenfalls nichts mehr erkennbar.

F. Saalfeld sagte, Hövelmann und seine CDU könnten sich so leicht nicht ihrer Verantwortung für die Lösung des Abfallproblems entledigen. Die CDU habe nach wie vor die Mehrheit im Landkreis. Dort sei sie verantwortlich für die Abfallbeseitigung und dort stände man wegen der Versäumnisse in der Vergangenheit erst am Anfang eines Abfallentsorgungskonzeptes, das Vermeiden und Verwerten in den Vordergrund stelle. Ganz abgesehen davon, daß die von der Union geführte Bundesregierung es versäumt habe, Gesetze auf den Weg zu bringen, die die Industrie verpflichten, weniger Abfall zu produzieren (Verpackungsmüll) und auf die Schonung der Ressourcen sowie Energieeinsparung zu achten.

Auch beim Thema Bildung und Ausbildung gab es Erwartungen an die neue Landesregierung. Das Negativ-Image, welches der Schulpolitik durch die vielen CDU-Politiker der letzten Jahre anhafte, müsse zunächst durch Ruhe und Besonnenheit wieder ausgeglichen werden, meinte W. Rolfes. Die schrittweise Einführung der Lernmittelfreiheit, die Beendigung der Diskussion um die Orientierungsstufe sowie die versprochene Neueinstellung von 1000 Lehrern würden Elternhaus und Schulen entlasten.

Mit Spannung erwarte der Vorstand Aktivitäten der neuen Landesregierung bezüglich kreativer Bildung und Ausbildung, hob P. Raske hervor. Die vertanen Chancen der letzten Regierung sollten dringend aufgearbeitet und Kreativitätsbildungsstätten errichtet werden. Ebenfalls erhoffte sich der SPD-Vorstand eine Linderung in der Ausbildungs- und anschließenden Berufssituation in der Alten- und Krankenpflege. Eine breitere Öffnung der Berufsbildenden Schulen auch für diese Bereiche könne bereits ein großer Beitrag zur Entkrampfung der katastrophalen Bedingungen sein.

Ems-Zeitung 26.05.1990